

Gegenseitige Vorwürfe der Fraktionen

Borchen (WV). Nach der Ratssitzung in Borchen machen sich die Fraktionen gegenseitig schwere Vorwürfe zum Diskussions- und Abstimmungsverhalten. Die SPD hinterfragt sogar die Position des CDU-Ratsherrn Heinz Rebbe als Ortsvorsteher von Dörenhagen. Im Gegenzug wirft die CDU in einer Erklärung unter anderem Bürgermeister Reiner Allerdissen die Verletzung seiner Pflicht vor, eine Ratssitzung »sachlich und unparteiisch« zu leiten. Die Bündnisgrünen wiederum halten Bürgermeister und SPD-Fraktion vor, die Stimmung innerhalb der Bürgerschaft regelrecht »zu vergiften«.

Für die SPD-Fraktion hinterfragt der langjährige Fraktionsvorsitzender Jürgen Schmidt, ob CDU-Ratsmitglied Heinz Rebbe als Ortsvorsteher von Dörenhagen noch haltbar sei, da er »die Interessen eines Investors« vertrete, mit dem »er wirtschaftlich verhandelt« sei. Dessen zu Sitzungsbeginn erklärte »Unbefangenheit« müsse noch überprüft werden. Rebbe habe zudem seiner Fürsorgepflicht gegenüber dem Ortsteil Dörenhagen nicht entsprochen, ist der Vorwurf Schmidts.

Die CDU bezeichnet ihrerseits in einer Erklärung durch den Fraktionsvorsitzenden Hansjörg Frewer, dass die Ratssitzung zu einem »Theaterstück besonderer Art verkommen« sei. Die Zuhörerschaft sei als »bestellt zu bezeichnen«. Frewer wirft der SPD-Fraktion vor, dass diese ihre »eigene Bürgerinitiative« vertreten habe. Im neuen Flächennutzungsplan mit den bisherigen harten und weichen Tabukriterien befänden sich die vom Kreis genehmigten Anlagen allesamt in Windvorrangflächen. Dies sei für die CDU-Fraktion genügend Anlass gewesen, über die Weiterführung der Klagen nachzudenken. Allein die Kosten für die Klagen beliefen sich auf eine sechsstellige Summe. Alle Ratsmitglieder und auch der Bürgermeister seien verpflichtet, nach Recht und Gesetz Schaden von der Gemeinde fern zu halten. Deshalb hätten die Klagen zurückgenommen werden müssen.

Die Bündnisgrünen wiederum kritisieren scharf, dass der Bürgermeister und die Gegenwind-Initiative hinter den Kulissen »gemeinsame Sache« machten. Man müsse gemeinsam mit den Betreibern von Windenergieanlagen sprechen, um Wege zu finden, bei denen die Gemeinde an der Wertschöpfung beteiligt wird. Bürgermeister und SPD-Fraktionen seien mit ihrer Haltung im Gemeinderat in der Isolation.